

Thomas Scharf-Wrede

Fremdarbeiter in kirchlichen Einrichtungen im Bistum Hildesheim 1939–1945

Im Sommer 2000 wurde in der deutschen Öffentlichkeit eine intensive und teilweise sogar hitzige Diskussion über die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter durch die deutsche Wirtschaft und den Staat geführt. Mitten in dieser Debatte sahen sich auf einmal auch die beiden großen Kirchen mit dem Vorwurf konfrontiert, in ihren Einrichtungen Fremdarbeiter beschäftigt zu haben – ein Verdacht, der sich durch erste Recherchen in kirchlichen Archiven schnell erhärtete. Vor diesem Hintergrund entschloss sich die Deutsche Bischofskonferenz auf ihrer Sitzung am 28./29. August 2000, einen eigenen Entschädigungsfonds einzurichten, aus dessen Mitteln in kirchlichen Einrichtungen tätig gewesene Fremdarbeiter eine Entschädigungssumme von jeweils 5.000 DM erhalten sollten; insgesamt wurden hierfür 5 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig richtete die Deutsche Bischofskonferenz einen Versöhnungsfonds ein, aus dem Projekte zur Verständigung und Versöhnung zwischen den Menschen und Völkern des Westens und des Ostens gefördert werden sollten; auch dieser Fonds, dessen Verwaltung das in derartigen Belangen erfahrene Kirchliche Hilfswerk Renovabis übernahm, wurde mit 5 Mio. DM ausgestattet.¹

Dabei ist die Einrichtung dieser beiden Fonds natürlich keineswegs ein Schlussstrich unter die Vergangenheit oder gar ein Freikauf von historischer Verantwortung, sondern vielmehr ein weiterer Beitrag der Bemühungen der Katholischen Kirche um eine offene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und ein auf Aussöhnung und Vertrauen gegründetes Zusammenleben in der Zukunft.

Unmittelbar nach Beschluss des Ständigen Rats der Deutschen Bischofskonferenz im August 2000, bei der Entschädigung ehemaliger Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter einen eigenen Weg zu gehen, hat das Bistumsarchiv Hildesheim mit der Recherche nach Fremdarbeitern in Einrichtungen des Bistums Hildesheim begonnen.² Dabei wurden in einem ersten Schritt – neben der allerdings äußerst spärlichen Literatur – die im Bistumsarchiv Hildesheim vorhandenen Akten eingesehen und ausgewertet, vorrangig die Bestandsgruppen Generalia II, Ortsakten, Orden und Kongregationen sowie Diözesan-Caritasverband.³ Dabei fanden sich – u. a. in der »Volkswirtschaftlichen Kräftebilanz 1940–1943/45«⁴ – vereinzelte Hinweise auf die Beschäftigung von Fremdarbeitern in diözesanen Einrichtungen, weswegen in einem zweiten Schritt die im Bereich des Bistums Hildesheim gelegenen niedersächsischen Staatsarchive sowie ausgewählte Kommunalarchive und Einwohnermeldeämter um Auskunft über bei ihnen befindliche einrichtungs- oder personenbezogene Unterlagen gebeten wurden.⁵ Ferner nahm das Bistumsarchiv Kontakt zum Landesarbeitsamt Niedersachsen und zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Niedersachsens sowie zu ausgewählten, meist größeren Kirchengemeinden sowie zu Ordensgemeinschaften und sozial-caritativen Einrichtungen im Bistum Hildesheim auf.⁶ Während das Landesarbeitsamt und die Kirchengemeinden keine weiterführenden Hinweise geben konnten, waren die Antworten der übrigen angefragten Institutionen positiv: so ermöglichte die AOK Niedersachsen den Einblick in Versicherungslisten und -karteien und konnte gemeinsam mit Orden und Kongregationen sowie sozial-caritativen Einrichtungen – z. B. Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft – in deren Archiven recherchiert werden, wodurch sich weiterführende, vertiefende Hinweise auf Beschäftigungsverhältnisse von Fremdarbeitern in Einrichtungen des Bistums Hildesheim ergaben. Eine auf diesen Ergebnissen aufbauende Anfrage beim Internationalen Suchdienst in Bad Arolsen blieb zunächst ohne positives Ergebnis, ehe sich dort nach einem erneuten Vorstelligwerden im Herbst 2002 diverse neue Informationen fanden, die letztlich zu einer namentlichen Identifizierung ehemaliger Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern in Einrichtungen des Bistums Hildesheim führten.

Seitens der durch einen Artikel in der Hildesheimer Kirchenzeitung sowie eine Vortragsveranstaltung beim Diözesangeschichtsverein über die Recherche nach Fremdsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen informierten

diözesanen Öffentlichkeit ergaben sich keine real weiterführenden Informationen.

Insgesamt muss die Quellenlage für das Bistum Hildesheim als relativ gering und unbefriedigend bezeichnet werden, da sich kriegs- wie nachkriegsbedingt für diverse Orte – wie z.B. die Bischofsstadt Hildesheim – kaum personenbezogene Unterlagen eruieren ließen, die Auskunft über den zu behandelnden Themenkomplex hätten geben können. Lediglich im Untereichsfeld und in der Stadt Hannover fanden sich einander ergänzende Überlieferungen von kirchlichen Einrichtungen, Krankenkassen und Einwohnermeldeämtern, so dass eigentlich nur für diese Regionen verlässliche Aussagen über die Beschäftigung von Fremdarbeitern in Einrichtungen des Bistums Hildesheim gemacht werden können.

– Diözesanspezifische Rahmenbedingungen

Das von der Nordsee bis ins Untereichsfeld sowie von der Weser bis zur östlichen niedersächsischen Landesgrenze reichende Bistum Hildesheim war (und ist) ein ausgeprägtes Diasporabistum mit lediglich zwei traditionell katholischen Kernregionen – dem Stift Hildesheim und dem Untereichsfeld –, in dem 1939 knapp 250.000 Katholiken unter etwa 3 Millionen Andersgläubigen lebten. Das Bistum untergliederte sich 1939 in 17 Dekanate und zählte 122 Pfarreien, 43 Kuratien sowie 225 Kirchen und öffentliche Oratorien.⁷

Die grundsätzliche Position wie Situation des Bistums Hildesheim in der NS-Zeit verdeutlicht exemplarisch der Lagebericht Dezember 1935 des Regierungsbezirks Hildesheim:

»Die katholische Kirche ist unablässig bemüht, systematisch ihre Anhänger gegen den nationalsozialistischen Staat zu beeinflussen. So ist festgestellt worden, dass auf dem Lande, in Dörfern, wo die Bevölkerung aus Katholiken besteht, gegenüber nationalsozialistischen Veranstaltungen und Einrichtungen eine absolute Interessenlosigkeit gezeigt wird, die nur in der Verhetzung der katholischen Geistlichkeit ihren Grund haben kann.«⁸ Massive Beeinträchtigungen erfuhr das Bistum Hildesheim vor allem im Bereich des in der Diaspora unverzichtbaren konfessionell gebundenen Schulwesens, wurden doch staatlicherseits – gegen den ausdrücklichen, wieder-

holten und öffentlichen Protest der Hildesheimer Diözesanen und vor allem ihres Bischofs Dr. Joseph Godehard Machens – nach und nach alle katholischen Volksschulen und Gymnasien aufgehoben.⁹ Seine Eingaben und Predigten¹⁰ sind ein beeindruckendes Zeugnis kirchlichen Protests gegen die staatliche Willkür, wie Bischof Dr. Machens überhaupt – nach anfänglichen Unsicherheiten – rasch zu einem entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus wurde.¹¹ So konstatierte er etwa kurz nach Erscheinen der Enzyklika »Mit brennender Sorge«:

»Ihr selbst beobachtet täglich, wie sich der kirchenfeindliche und antichristliche Geist in der Öffentlichkeit breitmacht. Durch Bild und Karikatur, Plakat und Broschüre und tausend andere Mittel dringt er auf die deutsche Seele ein und sucht das öffentliche und das private Leben völlig zu durchdringen. In diesem Geist predigt man dem deutschen Volke immerfort, die christliche Lehre von Offenbarung, Gnade, Erlösung, Himmel und Hölle sei von »Pfaffenhirnen« erfunden, sie sei für das deutsche Volk ganz überflüssig und gar schädlich. ... Es kennzeichnet nur die wahre Lage, wenn ich feststelle: der gläubige Katholik steht in Deutschland unter Ausnahmerecht. Er muss Spott und Hohn, Unfreiheit und Bedrängnis für seinen Glauben dulden, ohne sich verteidigen zu können.«¹²

Für den kirchlichen Alltag »vor Ort« besonders negativ waren die zahlreichen, dem Reichskonkordat widersprechenden Maßnahmen von Staat und Partei gegen die katholischen Vereine. So kam es etwa in Wolfenbüttel bereits im Juli 1933 zum Verbot einer Vielzahl katholischer Vereine und zur Schließung des gemeinsamen Vereinshauses, wobei auch die Mitglieds- und Protokollbücher des Katholischen Gesellenvereins, des Cäcilien-Vereins, der Deutschen Jugendkraft, des Katholischen Kaufmännischen Vereins, des Männergesangsvereins und selbst des Begräbnisvereins beschlagnahmt wurden; was den Nationalsozialisten genaue Kenntnisse um die aktiven Gemeindemitglieder verschaffte.

Bereits zwei Jahre später waren die meisten katholischen Vereine im Bistum Hildesheim aufgelöst oder führten nur noch ein Schattendasein. Selbst »Ersatzlösungen« wie die Umstrukturierung der bis dahin das Gemeindeleben weithin dominierenden Männervereine in »Männerapostolat« bzw. »Katholische Aktion« hatten – nicht zuletzt aufgrund des staatlichen Verbots der Doppelmitgliedschaft in kirchlichen und staatlichen Vereinen – nur bedingten Erfolg.

In den Jahren von 1933 bis 1945 widersprach auch im Bistum Hildesheim jeder Gottesdienstbesuch, jede Teilnahme an einer Gruppenstunde, jedes Engagement im Kirchenvorstand, jede negative Äußerung über Partei oder Staat den totalitären Ansprüchen des nationalsozialistischen Systems: Jede Verweigerung der »Gleichschaltung« galt ihm als Widerstand, wofür viele Priester und Laien bedroht, verhaftet, gefoltert oder sogar getötet wurden.¹³ So wurden etwa wegen angeblich staatsabträglichen Verhaltens Pfarrer Christoph Hackethal 1941 in seiner Gemeinde Bad Bündheim verhaftet und nach Dachau verbracht, wo er am 25. August 1942 verstarb, und Pfarrer Joseph Müller aus Gr. Dungen 1944 nach einem Urteil des sog. Volksgesichtshofs am 11. September 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.¹⁴

Gedanken um die realen Möglichkeiten kirchlicher Arbeit – auch um die neuen Aufgaben u. a. in der »Wandernden Kirche«¹⁵ – machte sich die Hildesheimer Diözesansynode vom Januar 1937. Sie appellierte insbesondere an die Geistlichen, noch stärker als bisher auf jedes einzelne Mitglied ihrer Gemeinde zuzugehen:

»Seelsorge ist Schaffung von geistigem Leben. Geistiges Leben kann nicht mechanisch gemacht, nicht durch Organisationen maschinenmäßig fabriziert werden. Ein Seelsorger, der Führer seiner Gemeinde ist, begnügt sich nicht mit der abwartenden Seelsorge, sondern gleicht der Mutter, die die Sorge um ihre Kinder nicht zur Ruhe kommen lässt, die ihr eigenes Wohl, ihre Gesundheit, ihre Bequemlichkeit für nichts achtet, wenn es sich um die Rettung der Kinder handelt.«¹⁶

Zu den besonderen Brennpunkten kirchlicher Arbeit gehörte im Bistum Hildesheim das Salzgitter-Gebiet, wo durch den Aufbau der »Reichswerke Hermann Göring AG« ab 1937 aus einem bis dahin agrarisch geprägten Gebiet binnen kürzester Zeit ein industrieller Ballungsraum wurde – mit der bald größten katholischen Kirchengemeinde des gesamten Deutschen Reiches, der staatlicherseits allerdings alle nur erdenklichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden; u. a. durften trotz rund 100.000 neu hierher gekommener Katholiken keine neuen Kirchengemeinden gegründet werden ...¹⁷

– Einrichtungen und Klöster in der Diözese

Im Bistum Hildesheim gab es zu Beginn des Zweiten Weltkriegs folgende Orden und Kongregationen: ¹⁸

- Augustiner [OESA] in Germershausen (5 Patres);
- Franziskaner [OFM] in Hannover-Kleefeld (7 Patres) und Ottbergen (11/7 Laienbrüder);
- Jesuiten [SJ] in Hannover (7 Patres/2 Laienbrüder) und Hildesheim (1);
- Arme Schulschwestern von Unserer Lieben Frau in Herzberg (9 Schwestern) und Schöningen (4);
- Barmherzige Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Hildesheim (Mutterhaus: 56 Schwestern, 13 Novizinnen, 14 Postulantinnen, St. Bernwardskrankenhaus: 85, Bischöfliches Generalvikariat: 2, Katholisches Waisenhaus: 5, Kl. Bethlehem: 11, St. Josephstift: 2, Marienhaus: 8, Priesterseminar: 2, St.-Vinzenz-Heim: 16, St. Bernward: 2, Karl-Mathilden-Stift: 5), Ahrbergen (3), Algermissen (6), Bilshausen (5), Bodensee (2), Borgentreich (3), Borgholz i. Westfalen (3), Borsum (3), Braunschweig (St.-Nikolaus-Stift: 7, Krankenhaus St. Vinzenz: 22), Bremen-Blumenthal (2), Bremen-Hemelingen (2), Brochthausen (2), Celle (21), Dalhausen/Westfalen (3), Desingerode (3), Diedorf (5), Dingelbe (4), Dinklar (4), Dorstadt (3), Duderstadt (St.-Martini-Krankenhaus: 29, St.-Laurentius-Stift: 12, Georgianum: 4), Emmerke (3), Gieboldehausen (7), Goslar (4), Göttingen (Neu-Mariahilf: 30, Alt-Mariahilf: 12), Gronau (6), Groß-Düngen (3), Groß-Förste (4), Groß-Giesen (2), Haarbrück i. Westfalen (3), Hamburg (Harburg, Krankenhaus Mariahilf: 23, St.-Vinzenz-Haus: 11, Wilhelmsburg: 6), Hannover (St.-Agnes-Haus: 2, St. Josef: 2, St. Konrad: 2, Maria-Elisabeth-Stift: 9, Stift Mariahilf: 18, Marienhaus: 11, Vinzenzstift: 47, Hannover-Döhren: 20, Hannover-Herrenhausen: 4, Linden St.-Godehardi-Stift: 18, Linden St.-Joseph-Stift: 26, Ricklingen: 9), Harsum (St.-Elisabeth-Kloster: 6, Kindergarten: 3), Bad Harzburg (3), Helbra (3), Helmstedt (6), Henneckenrode (5), Heyerode (5), Hilkerode (3), Himmelsthür (11), Holungen (4), Huddessum (2), Itzum (2), Kassel (St. Agneshaus: 8, St.-Elisabeth-Krankenhaus: 32), Kella (4), Lamspringe (4), Bad Lauterberg (19), Liebenburg (19), Lindau a. Harz (9), Lüneburg

(6), Machtsum (2), Bad Nenndorf (3), Nesselröden (3), Nörten (5), Peine (St.-Elisabeth-Stift: 1, St.-Theresien-Haus: 7), Rüdershausen (3), Salzgitter (11), Sarstedt (2), Seeburg (4), Siemerode (3), Silbershausen (3), Söhre (3), Sorsum (4), Vienenburg (6), Wesermünde-Lehe (4), Wiedelah a. Harz (12), Wolfenbüttel (2); insges. 839 Professschwestern, 13 Novizinnen und 14 Postulantinnen;

– Ursulinen in Duderstadt (41 Chorprofessen, 26 Laienprofessen, 2 Novizinnen), Hannover (7/2), Wohldenberg (6/2) und Hildesheim (10/4); insgesamt 64 Chorprofessen, 32 Laienprofessen und 2 Novizinnen;

– Germeter Schwestern (Herz-Jesu-Institut für Familienpflege und Seelsorgehilfe) in Hildesheim (16 Schwestern).

Zwischen 1933 und 1945 wurde die Arbeit der Orden und Kongregationen auch im Bistum Hildesheim staatlicherseits sehr intensiv beobachtet und im Laufe der Jahre immer weiter eingeschränkt, ja: teilweise unmöglich gemacht. So verloren etwa die Ursulinen 1939 die Höhere Töchter Schule in Hannover sowie – nach einem stufenweisen Abbau ab 1937–1943 ihre »Stammschule« St. Ursula in Duderstadt und die Marienschule in Hildesheim; wie auch die anderen in Schule und Jugenderziehung tätigen Frauenorden/-gemeinschaften aus ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern verdrängt wurden.¹⁹ Den im Bistum Hildesheim gleichermaßen stark verankerten wie präsenten Vinzentinerinnen wurde 1939 staatlicherseits rückwirkend zum Jahr 1934 der Status der Gemeinnützigkeit aberkannt, wie ihnen auch nach und nach die Kindergärten und Kinderheime genommen wurden und während des Zweiten Weltkriegs 19 ihrer Einrichtungen in Reservelazarette umgewandelt wurden, in denen zeitweise über 120 Schwestern tätig waren; beschlagnahmt wurden lediglich die Häuser in Bad Lauterberg, Bad Nenndorf und Hildesheim-Himmelsthür – im wesentlichen ein Verdienst der weit- und umsichtigen Generaloberin Schwester M. Honoria Roland.²⁰ Erhebliche Beeinträchtigungen erfuhren auch die wenigen Männerordensniederlassungen, von denen das Franziskanerkloster in Ottbergen (bei Hildesheim) im Jahr 1941 staatlicherseits zunächst beschlagnahmt und dann enteignet sowie für den weiblichen Arbeitsdienst benutzt wurde, ehe es in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs als Lazarett diente.²¹ Neben der Schwächung der Ordenspräsenz im Bistum Hildesheim verfolgte die Aufhebung dieses Klosters staatlicherseits noch ein zweites Ziel, war (und ist) Ottbergen doch zusammen mit Germershausen im Untereichsfeld ein zen-

traler Wallfahrtsort des Bistums Hildesheim, wohin zum Fest Kreuzerhöhung gerade nach 1933 alljährlich viele Gläubige gepilgert sind, da Bischof Dr. Machens hier in überaus deutlichen Predigten immer wieder die aktuellen Missstände anprangerte.²²

_ Der Einsatz von Fremdarbeitern

Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter ließen sich im Bistum Hildesheim lediglich für Einrichtungen von Ordensgemeinschaften ermitteln; die Pfarreien verfügten, im Unterschied etwa zu süddeutschen Diözesen, über keinen nennenswerten Land- oder Forstbesitz, für dessen Bewirtschaftung die Beschäftigung von Arbeitskräften notwendig gewesen wäre.²³

In den Ursulinenniederlassungen in Duderstadt und Hannover arbeiteten insgesamt 12 Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter aus Ost- wie Westeuropa, der älteste war 60 und die jüngste 15 Jahre alt. Ihre Tätigkeitsfelder – sie waren zwischen einem Monat und zwei Jahren bei den Schwestern – können nur grob mit Haus- und Gartenarbeit angegeben werden.²⁴

Alle übrigen Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter arbeiteten in den Niederlassungen der Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Hildesheim: in Celle, Duderstadt, Göttingen, Hannover, Henneckenrode, Hildesheim, Liebenburg, Lindau/ Harz, Peine, Salzgitter und Wiedelah ließen sich insgesamt 110 Frauen und Männer nachweisen, doch kann aufgrund der parallelen Struktur und Aufgabenstellung auch für die übrigen Einrichtungen der Schwestern wie etwa das Harburger Krankenhaus Mariahilf von der Beschäftigung von Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern ausgegangen werden.²⁵ Der älteste von ihnen war ein 1879 geborener Pole, der 1944 im Celler St.-Joseph-Stift gearbeitet hat – und die jüngste eine 1930 geborene Kroatin, die im St.-Vinzenz-Stift Hannover tätig war. Als Herkunftsländer ließen sich ermitteln: UdSSR, Polen, Kroatien, Ukraine, Litauen, Lettland, Frankreich, Ungarn, Belgien und Holland.²⁶ Ihre Verweildauer in den vinzentinischen Niederlassungen – so sich eine solche überhaupt ermitteln ließ – war sehr different und reichte von wenigen Wochen bis zu mehr als zwei Jahren. Ihre Tätigkeitsfelder lassen sich im Einzelnen nicht mehr nachweisen, da lediglich für eine Einrichtung noch dezidierte Personalunterlagen vorliegen. Im Blick auf das allgemeine Anforderungsprofil der Einrichtungen kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die Fremd-

arbeiterinnen und Fremdarbeiter im wesentlichen im hauswirtschaftlichen Bereich gearbeitet haben, einige wenige wohl auch in der qualifizierten Krankenpflege.

Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter sind in größerer Zahl nachweisbar für die großen Krankenhäuser in Trägerschaft der Vinzentinerinnen in Hildesheim, Hannover, Duderstadt, Göttingen und Celle, deren Unterhaltung – und teilweiser Ausbau – während des Zweiten Weltkriegs ohne ihren Einsatz nicht möglich gewesen wäre.²⁷ Ob es wie beim St. Bernward-Krankenhaus Hildesheim die Mitarbeit beim Aufbau neuer Belegbaracken für sog. Sonderfälle war, der Verlegung der Kranken nach einem großen Bombenangriff aus dem St.-Vinzenz-Stift Hannover in die benachbarte St.-Elisabeth-Kirche oder die Versorgung einer die eigentlichen Möglichkeiten weit übersteigenden Zahl an Kriegsgefangenen und Deportierten im St.-Martini-Krankenhaus Duderstadt: überall waren die in diesen Einrichtungen tätigen Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter dabei.

– Seelsorge an Fremdarbeitern

Bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert waren in großer Zahl polnische Saisonarbeiter ins Bistum Hildesheim gekommen, deren pastorale Betreuung die Bistumsleitung als »Liebespflicht gegenüber den Angehörigen fremder Diözesen« erachtete.²⁸ Insofern waren polnische, aber auch französische oder belgische Katholiken den Hildesheimer Katholiken – Amtsträgern wie Laien – keine Unbekannten, was deren Integration in den gemeindlichen Alltag erleichterte. So nahmen etwa Fremdarbeiter und Kriegsgefangene durchweg an den »normalen« Gemeindegottesdiensten teil, ehe dieses durch staatliche Erlässe untersagt wurde – die allerdings de facto nicht überall sofort umgesetzt wurden ... So lud etwa Pfarrer Joseph Müller, der 1944 von den Nationalsozialisten wegen einer angeblich defaitistischen Äußerung über Reichskanzler Adolf Hitler hingerichtet wurde, weiterhin polnische Katholiken in seinen Pfarrgarten ein: offiziell zur Gartenarbeit, faktisch aber zu seelsorglichen Gesprächen.²⁹

Wie schwierig in Bezug auf die Seelsorge an polnischen Fremdarbeitern die »Gemengelage« war, verdeutlicht exemplarisch eine Auseinandersetzung in Göttingen. Von dort unterrichtete Kaplan Heinrich Schumann am 29. März 1941 das Hildesheimer Generalvikariat, dass gemäß Verfügung

des Reichskirchenministers von 1940 in Göttingen einmal im Monat ein Gottesdienst für die dort befindlichen Polen abgehalten werde, in dem das staatsseitig genehmigte Gesangbuch »Droga do Nieba« verwandt worden sei: »Am 17. März wurde ich zur hiesigen Gestapo gerufen. Dor wurde mir berichtet, dass bei Abhaltung eines Gottesdienstes für die Polen hier in Göttingen ein nicht erlaubtes Lied gesungen sei. Ich wies darauf hin, dass mir das unbekannt sei, da ich die polnische Sprache nicht beherrsche; ich bediene mich bei meinen Worten an die Polen eines Dolmetschers, um den Leuten meine Wünsche und Forderungen mitzuteilen. Dabei pflege ich nur kurze Sätze zu gebrauchen, so dass nach meiner Beurteilung der Dolmetscher etwas anderes den Polen kaum mitteilen könnte. Im allgemeinen werden die Lieder durch einen Vorsänger angestimmt, doch ist es auch schon geschehen, dass aus der Menge – ohne den Vorsänger – gesungen wurde. So könnte es auch in diesem Fall gewesen sein. Ich musste mich bei der Gestapo verpflichten, die Polen darauf hinzuweisen, dass nur die Lieder gesungen werden dürfen, die in dem Buch »Droga do Nieba« enthalten sind, und dass sie nur ohne Zusätze gesungen werden dürfen. Dieser Verpflichtung bin ich im nächsten polnischen Gottesdienst nachgekommen. Die Erklärung wurde von mir gefordert, um andere Lieder nicht singen zu lassen; andernfalls könnte der Gottesdienst verboten werden. Ich sollte die Verantwortung für die Abhaltung der Gottesdienstes in dieser Hinsicht übernehmen; daraufhin erklärte ich, dass ich die Verantwortung nur in dem Maß übernehmen könne, dass ich die Bestimmungen erneut bekannt gäbe, nämlich nur Lieder aus dem polnischen Gebetbuch zu benutzen. Meine Sprachkenntnisse gestatten mir nicht, die Erfüllung der Bestimmungen zu überwachen. Ich musste das Protokoll in diesem Sinn unterschreiben.«³⁰

In Konsequenz dieser – ehrlichen – Einschränkung wurde Kaplan Schumann daraufhin seitens der Gestapo das Abhalten von Gottesdiensten für die polnischen Fremdarbeiter in Göttingen und Umgebung untersagt, woraufhin das Bischöflicher Generalvikariat der Gestapo vorschlug, Schumann eventuell durch einen anderen Geistlichen zu ersetzen – was diese jedoch nicht für unbedingt erforderlich erachtete: es reiche aus, wenn ein der polnischen Sprache kundiger Geistlicher die Lieder aussuche, namentlich Pastor Johannes Wosnitza aus Salzgitter-Gebhardshagen – woraufhin Generalvikar Dr. Wilhelm Offenstein dem Göttinger Pfarrer Marheineke am 2. Mai 1941 mitteilte, dass in Zukunft so verfahren werden sollte ...³¹ Eben dieser Pastor Wosnitza war mit derartigen Dingen vertraut: als Pastor in

der Salzgitter-Region, die seitens der nationalsozialistischen Machthaber bewusst als »Stadt ohne Kirche« geplant war, hatte er tagtäglich mit Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern zu tun, denen er die Kriegsjahre hindurch ein stets verständnisvoller und engagierter Sachwalter war; wobei in den Wohn- und Arbeitslagern selbst ausschließlich ausländische Priester tätig werden durften.³²

Bezüglich der seelsorglichen Betreuung der Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter in Einrichtungen des Bistums Hildesheim kann davon ausgegangen werden, dass sich diese nicht von der ihrer deutschen Kolleginnen und Kollegen unterschieden hat; Hinweise auf Sondergottesdienste, Sonderbeichten usw. finden sich in den Akten des Bistumsarchivs Hildesheim wie denen der verschiedenen Einrichtungen jedenfalls nicht.

_ Markante Einzelschicksale

Recht ausführliche Informationen über ihre Zeit im Bistum Hildesheim liegen uns für die Ukrainerin Lydia O. und den Niederländer Herman H. vor. Die 19-jährige Lydia O. ist – wie viele andere auch – 1942 in ihrem Heimatort Barwenkow (Kreis Charkow) vom deutschen SD aufgegriffen und zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht worden, wo sie zunächst in Duderstadt in der Industrie und in einem Gasthof eingesetzt worden ist.³³ Von hier kam sie am 27. Oktober 1943 zu den Ursulinen nach Duderstadt, bei denen sie im Haushalt und im Garten mitarbeitete; der Arbeitsplatzwechsel erfolgte aufgrund einer personenbezogenen Anfrage der Schwestern, denen Lydia O. in dem Duderstädter Gasthof aufgefallen war. Im Kloster bemühte man sich um eine möglichst »normale« Behandlung der neuen Mitarbeiterin: sie konnte in einem Gästezimmer wohnen, bekam die allgemeine Verpflegung (und medizinische Betreuung) und arbeitete zu den im Kloster üblichen Zeiten. Auch konnte die orthodox erzogene Lydia O. an den Gottesdiensten und Gebetszeiten der Schwestern teilnehmen, wodurch sie sich im Laufe der Zeit immer mehr in die klösterliche Lebens- und Arbeitsgemeinschaft integrierte. Nach Kriegsende wollte Lydia O. eigentlich in ihre Heimat zurückkehren, blieb dann jedoch bei den Ursulinen: Sie konvertierte zur römisch-katholischen Kirche und trat dem Ursulinenorden bei. Nach einigen Jahren in Duderstadt ging sie nach Brasilien, wo sie über viele Jahre hinweg in verschiedenen Ordensniederlassungen arbeitete.

Herman H. hat seine Erlebnisse in Deutschland in einer eigenen (ausgesprochen lesenswerten) Publikation verarbeitet: »Af en toe denk ik nog aan die dagen ...«³⁴ Am 10. Oktober 1944 in Venlo inhaftiert, kam er wenige Tage später ins Lager Lehrte, wo er aufgrund seines Talars – der 19-jährige H. war Seminarist – einem katholischen Unterlagerführer auffiel, der ihn zum 7. November in die Bischofsstadt Hildesheim weitervermittelte: »Sie können ruhig weiterstudieren«, vertraut de Unterlagerführer me toe.«³⁵ In Hildesheim brachte Domdechant Stolte Hermann H. umgehend zu den Vinzentinerinnen, bei denen er Arbeit und Wohnung fand: »Die Schwester Oberin und die Schwestern waren die Güte und Gastfreundschaft in Person«.³⁶ Im St. Bernwardskrankenhaus arbeitete Herman H., der rasch die deutsche Sprache erlernte und sich von daher überall gut verständigen konnte, als Krankenwärter: »Im Verlauf einiger Wochen eignete sich ungefähr alles, was mir als Aufgabe anvertraut wird. Ich sehe und tue Dinge, die in keinem einzigen Lehrbuch im Seminar dargestellt oder beschrieben werden. Dies ist ein Lehrstück im Umgang mit dem kranken Menschen und dessen Versorgung in der Praxis. ... Das Krankenhaus stellt eine kleine, selbständige Welt dar, wie es in diesen Jahren normal ist, mit vielen Rängen und Ständen. ... Die in den ersten Tagen aufrecht erhaltene Distanz weicht schon bald vorsichtigem Kontakt. Das gegenseitige Vertrauen wächst. Vor allem mit einer Reihe Krankenschwestern entsteht eine wohlthuende Atmosphäre der Kameradschaft.«³⁷ Hermann H. erlebt im St. Bernwardskrankenhaus auch den großen Bombenangriff auf Hildesheim am 22. März 1945, durch den die altehrwürdige Bischofsstadt in Schutt und Asche gelegt wird: »Unser Krankenhaus steht, aber Fenster sind zertrümmert, Teile der Decke sind heruntergekommen, Mauern haben Risse, das Dach wurde hier und da weggeblasen. Gas und Elektrizität, Wasser und Heizung sind ausgefallen. Der Katastrophenplan tritt in Kraft. Alle Patienten, ungefähr 580, ambulant oder bettlägerig, werden evakuiert. Der Haupteingang kann nicht gebraucht werden. Der Weg zur Stadt endet in einem Feuermeer. Der einzige Weg zur Sicherheit geht durch die große Tür, die zum Garten führt. Es ist unglaublich, wie schnell alle Patienten, zu Fuß, auf Tragbahren oder mit dem Bett und allem Drum und Dran, durch diesen einen Durchgang aus dem Krankenhaus herausgebracht werden. ... Eine der Auffangstellen für unsere Kranken wird in Neuhoof eingerichtet, einem Dorf, etwa vier Kilometer außerhalb der Stadt. Eine große Zahl älterer Leute ist dort untergebracht. Neuhoof wird mir als »Abteilung« zugewiesen. Täglich mache ich meinen Spaziergang dahin, überbringe Botschaften, versorge meine Leute, helfe weiter, wo es gewünscht wird und möglich

ist und gehe dann wieder zurück. ... Obwohl keine Rede sein kann von Aufnahme und Pflege von Patienten, gibt es doch Tag und Nacht einen Empfangsdienst und eine Erste-Hilfe-Posten an den zwei Eingängen des Krankenhauses. Jan [ein holländischer Mit-Zwangsarbeiter] und ich werden sozusagen als Verstärkung dem Nachtwachdienst hinzugefügt.«³⁸

Nach der Befreiung Hildesheims durch amerikanische Truppen am 7. April 1945 arbeitete Herman H. im St. Bernwardskrankenhaus weiter, ehe er am 16. Mai 1945 in seine Heimat zurückkehrte: »Abschied von allen – Ordens- und Laienschwestern, Rektor, Kollegen und übrigem Personal – mit denen wir viel Freude und Leid geteilt haben während der entnervenden letzten sechs Monate des Krieges.«³⁹

_ Versöhnungsinitiativen

Im Bistum Hildesheim gibt es seit vielen Jahren eine gleichermaßen vielschichtige wie lebendige Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus, fokussiert in diversen wissenschaftlich fundierten Beiträgen vor allem im Jahrbuch des Vereins für Geschichte und Kunst im Bistum Hildesheim sowie in zahlreichen Veranstaltungen vor allem im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen und im Flüchtlingsaufnahmelager Friedland; beides ja gewissermaßen weit über das Bistum Hildesheim hinaus bekannte Synonyme für das nationalsozialistische Unrechtsregime und die ihm folgenden Geschehnisse.⁴⁰ Den Ausgangspunkt einer intensiven »Verlebendigung« der Geschichte Bergen-Belsens bildete eine Buß- und Sühnefeier im Rahmen des Deutschen Katholikentags 1962 in Hannover mit einer überaus deutlichen Predigt Weihbischof Heinrich Pachowiaks: »Wir müssen mit Scham und Abscheu feststellen, dass Unmenschlich-Grausames in unserer Mitte geschehen ist. Unschuldiges Blut ist hier und in anderen Lagern vergossen worden. Auch wenn wir in den Jahren der Drangsal nicht wussten, was alles an den Stätten des Grauens geschah, so müssen wir doch bekennen: Die Kraft unseres christlichen Glaubens war in jenen Tagen zu schwach; das Zeugnis der christlichen Liebe haben wir nicht ernst genug genommen; die Wachsamkeit, die der Herr von uns fordert, hatte unser Herz nicht ergriffen; die Verantwortung für den Widerstand war in uns zu wenig lebendig. So wurde das Böse übermächtig in unserem Volk, und die Stunde der Finsternis kam über uns. ... Was hier und anderswo geschah, kann nur verhindert werden, wenn wir als Christen die vom

Herrn geforderte Wachsamkeit üben.«⁴¹ Jahr für Jahr kommen seitdem in der mit dem Fest Kreuzerhöhung verbundenen Kreuzwoche zahlreiche Hildesheimer Diözesane in das ehemalige Konzentrationslager: in Erinnerung an das hier geschehene Unrecht.

Um Erinnerung und Versöhnung geht es auch bei Besuchen ehemaliger KZ-Häftlinge, die seit 1995 auf Einladung des Bistums Hildesheim – in Zusammenarbeit mit dem Maximilian-Kolbe-Werk und dem Diözesancharitasverband – stattfinden. 112 Frauen und Männer, vornehmlich aus Polen, sind seitdem nach Hildesheim gekommen, wobei der Begegnung mit Diözesanbischof Dr. Josef Homeyer sowie mit Schülerinnen und Schülern katholischer Schulen stets besondere Bedeutung zukam; verwiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf die Internationalen Schülerseminare in Kloster St. Marienthal (Bistum Dresden-Meißen), an denen 2001/02 auch Schülerinnen und Schüler der St.-Ursula-Schule Hannover teilgenommen haben.

Im Rahmen dieser Begegnungen konnten 2005 auch die ehemaligen Fremdarbeiter kirchlicher Einrichtungen im Bistum Hildesheim eingeladen werden, von denen altersbedingt jedoch nur zwei die Einladung annehmen konnten. Zwei Wochen dauerte der Besuch, zu dem neben einem Gespräch mit Diözesanbischof Dr. Homeyer und einem ausführlichen Rückblick auf die konkreten Erlebnisse als Fremdarbeiter in Hildesheim und Hannover mit Bistumsarchivar Dr. Thomas Scharf-Wrede auch der Besuch der Hildesheimer Marienschule gehörte: als Vergegenwärtigung des Geschehenen für heute und morgen.

Sehr nachhaltige Akzente – innerhalb wie außerhalb des Bistums Hildesheim hat schließlich der von (Alt-) Bischof Dr. Josef Homeyer initiierte sogen. Friedensgrund gesetzt: ein seit 1990 allsommerliches mehrwöchiges Treffen von Jugendlichen aus verschiedenen Teilen Osteuropas und dem Bistum Hildesheim, bei dem die jungen Menschen jeweils in einem konkreten Sozialprojekt wie etwa der Renovierung einer Klostermauer oder einer Wasserzuleitung zusammenarbeiten und darüber hinaus Zeit für das gemeinsame Gebet und Gespräch haben – ein lebendiger und ganz direkter Austausch zwischen Ost und West, realisiert bislang u. a. in Tschernobyl/Polen (1991), Welyka Wolja/Ukraine (1995), Tytuvenai/Litauen (1999) und Neamt/Rumänien (2003).⁴²

Zur Entscheidung der Deutschen Bischofskonferenz für die Einrichtung eines eigenen Entschädigungs- und Versöhnungsfonds – und damit gegen eine Beteiligung am aus Mitteln der Wirtschaft und des Bundes errichteten Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, an dem sich die Evangelische Kirche in Deutschland und das Diakonische Werk beteiligt haben – s. zusammenfassend vor allem Karl Lehmann, Unrecht der Geschichte – Perspektiven der Versöhnung. Rede beim Tageskongress »Gegen Unrecht und Gewalt – Erfahrungen und Perspektiven kirchlicher Versöhnungsarbeit« am 30. Januar 2001 in Mainz, in: Klaus Barwig/Dieter R. Bauer/Karl-Joseph Hummel (Hrsg.), Zwangsarbeit in der Kirche. Entschädigung, Versöhnung und historische Aufarbeitung, Stuttgart 2001, S. 67–77; Rainer Illgner, Der Entschädigungsfonds und der Versöhnungsfonds der katholischen Kirche, in: ebd., S. 79–87. Zur Fremd- bzw. Zwangsarbeiter-Thematik allgemein s. Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 2. Aufl. 1999; Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), Zwangsarbeit, Dachau 2000; Mark Spoerer, Zwangsarbeit unterm Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1938–1945, Stuttgart 2001. Aus der inzwischen umfangreichen Literatur zur Beschäftigung von Zwangsarbeitern in Einrichtungen der katholischen Kirche s. besonders Hans-Michael Körner, Katholische Kirche und polnische Zwangsarbeiter, in: Historisches Jahrbuch 112 (1992), S. 128–142; Pete Sieve, Die katholische Kirche und die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkriegs im Oldenburger Land. Ein Zwischenbericht, Vechta 2000; Wolfgang Knauff, Schnitter, KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter. Vergessene Kapitel der Seelsorge im Bistum Berlin, Berlin 2001; Barwig/Bauer/Hummel (wie oben), Zwangsarbeit in der Kirche; Laurentius Koch, »Ein erträgliches, unerträgliches Leben«: Kloster Ettal und die »Zwangsarbeiter« im Zweiten Weltkrieg, in: Barwig/Bauer/Hummel (wie oben), Zwangsarbeit in der Kirche, S. 163–170; Stephan M. Janker, Zwangsarbeitereinsätze in kirchlichen Einrichtungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg 5. Aufl. 2001; Peter Pfister (Hrsg.), Katholische Kirche und Zwangsarbeit. Stand und Perspektiven der Forschung, München 2001; Wilfried Reininghaus/Norbert Reimann (Hrsg.), Zwangsarbeit in Deutschland 1939–1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001 (darin besonders: Ulrich Helbach, Quellen in Registraturen und Ar-

chiven der katholischen Kirche zur Erschließung der Zwangsarbeit in Deutschland, S. 161–174); Joachim Rotberg/Barbara Wieland/Thomas Schüller, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene in katholischen Einrichtungen im Bereich der Diözese Limburg. Ein Werkstattbericht, Limburg 2001; Karl-Joseph Hummel, Fremdarbeiter in Einrichtungen der katholischen Kirche 1939–1945. Aspekte der Forschung, Entschädigung und Versöhnung, in: Historisches Jahrbuch 122 (2002), S. 531–558; Herbert Immenkötter, Zwangsarbeiter in kirchlichen Einrichtungen der Diözese Augsburg 1939–1945. Erste Zusammenfassung unserer Ergebnisse, in: Jahrbuch des Vereins für Augsburger Bistumsgeschichte (2002), S. 418–450; Zwangsarbeiter in der Diözese Rottenburg 1939–1945, hrsg. Von der Kommission zur Klärung der Fragen nach der Beschäftigung von Fremd- bzw. Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen der Diözese Rottenburg-Stuttgart, erarbeitet von Annette Schäfer mit einem Überblick zum Stand der Nachforschungen von Stephan M. Janker (10. Oktober 2002), Stuttgart 2002; Bernhard Frings/Peter Sieve, Zwangsarbeiter im Bistum Münster. Kirchliches Handeln im Spannungsfeld von Arbeitseinsatz, Seelsorge und Krankenpflege, Münster 2003; Ulrich Helbach/Joachim Oepen, Ein Zeichen der Versöhnung. Die Entschädigung der Zwangsarbeiter im Erzbistum Köln, Köln 2004; Volker Laube, Fremdarbeiter in kirchlichen Einrichtungen im Erzbistum München und Freising 1949–1945. Eine Dokumentation, München 2005. Zur Zwangsarbeit in Einrichtungen der Diakonie und der Evangelisch-Lutherischen Kirche s. Jochen-Christoph Kaiser (Hrsg.), Zwangsarbeit in Diakonie und Kirche 1939–1945, Stuttgart 2005.

² _ Die folgenden Ausführungen basieren auf dem Manuskript, das ich als Abschlussbericht des Bistums Hildesheim für die im Druck befindliche Publikation der Kommission für Zeitgeschichte (Bonn) erarbeitet habe.

Die Recherche nach Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeitern in Einrichtungen des Bistums Hildesheim wurde im Sommer 2000 durch Generalvikar Prälat Karl Bernert dem Bistumsarchiv übertragen, namentlich mir als dessen Leiter; zeitweise unterstützt wurde ich in meinen Bemühungen durch Herrn Immo Frese M. A. (Hannover), dem ich an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich für sein großes Engagement danken möchte.

- 3_ Das Bistumsarchiv Hildesheim hat im Zweiten Weltkrieg trotz der massiven Zerstörungen der Stadt Hildesheim kaum Aktenverluste erlitten, da neben den Kunstschatzen im und am Dom auch die Urkunden, Akten und Bücher des Archivs und der Bibliothek rechtzeitig ausgelagert worden sind. S. dazu Anna E. Röhrig, Die kriegsbedingte Auslagerung der Dombibliothek, in: Jochen Bepler/Thomas Scharf-Wrede (Hg.), *Bücherschicksale. Quellen und Abhandlungen aus Anlass des neuen Gebäudes*, Hildesheim 1996, S. 209–240.
- 4_ Bistumsarchiv Hildesheim [BAH], *Generalia* II, 856.
- 5_ Angefragt wurden die Niedersächsischen Staatsarchive in Hannover, Wolfenbüttel, Bückeburg und Stade sowie die Kommunalarchive in Hannover, Hildesheim, Braunschweig, Göttingen, Duderstadt, Celle und Lüneburg; in einer späteren Phase der Recherche wurden dann noch weitere Kommunalarchive angefragt, in deren Zuständigkeitsbereich sich während des Zweiten Weltkriegs größere Einrichtungen des Bistums Hildesheim befunden hatten.
- 6_ Auf Einzelnachweise der Anfragen und Antworten kann an dieser Stelle verzichtet werden.
- 7_ Verzeichnis der Geistlichkeit der Diözese Hildesheim 1940, hg. vom Bischöflichen Generalvikariat Hildesheim, Hildesheim 1940, S. 3. Zur Situation des Bistums Hildesheim in der NS-Zeit s. überblicksmäßig Hermann Engfer (Hg.), *Das Bistum Hildesheim 1933–1945. Eine Dokumentation* (Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart 38/39), Hildesheim 1971. Thomas Scharf-Wrede, *Das Bistum Hildesheim im 20. Jahrhundert* (Kleine Hildesheimer Bistumsgeschichte, 4), Straßburg 2001.
- 8_ Lagebericht der Polizeistelle Regierungsbezirk Hildesheim an die Geheime Staatspolizei in Berlin, 7. 1. 1936, zit. nach Josef Nowak, *Katholische Situation zwischen 1931 und 1934*, in: Engfer (wie Anm. 7), S. 60–134, hier: S. 120.
- 9_ S. hierzu Bernhard Gerlach/Hermann Seeland, *Geschichte des Bischöflichen Gymnasiums Josephinum in Hildesheim. Von der Aufhebung der Gesellschaft Jesu im Jahre 1773 bis zur Zerstörung der*

Anstaltsgebäude des Josephinums 1945. Bd. 2, Hildesheim 1952. Maria Krebs, Der Kampf um die konfessionelle Schule, in: Engfer (wie Anm. 7), S. 135–285. Manfred Köhler, Die Volksschule Harsum im Dritten Reich. Widerstand und Anpassung einer katholischen Dorfschule (Beiträge zur historischen Bildungsforschung, 2), Hildesheim 1985. Agnes Lange-Stuke, Die Schulpolitik im Dritten Reich. Die katholische Bekenntnisschule im Bistum Hildesheim von 1933 bis 1948 (Beiträge zur historischen Bildungsforschung, 9), Hildesheim 1989. Marienschule Hildesheim 1846–1996. 150 Jahre (Hildesheimer Chronik, 1), Hildesheim 1996.

10_ So schrieb Bischof Dr. Machens am 17. 4. 1935 an den Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung: „... Als Bischof von Hildesheim erhebe ich dagegen ausdrücklich Protest und bitte ergebenst, einerseits die kleineren katholischen Schulen in meinem Bistum vor der Aufhebung zu bewahren und andererseits nicht durch Aufhebung lutherischer Schulen katholische Schulen praktisch zu Simultanschulen zu machen. Tatsache ist, dass die Gemeinden außerordentlich stark an ihren Konfessionsschulen hängen und eine starke Beunruhigung und Erregung erfahren, falls diese aufgehoben würden. Tatsache ist, dass gerade die kleinen katholischen Schulen auf ein hohes Alter zurückblicken. Tatsache ist, dass die gefährdeten katholischen Schulen über 20 und mehr Kinder verfügen und dass deren Zahl nicht ab- sondern zunehmen wird. Man hat vielleicht in dem Bestehen zweier Schulen im gleichen Dorf eine Störung des konfessionellen Friedens gesehen und gemeint, durch eine gemeinsame Schule werde das friedliche Zusammenleben gefördert. Tatsache ist aber, dass es eines ganz grossen Taktgefühls bedarf, um andersgläubige Kinder und mit ihnen deren Eltern in religiösen Fragen nicht zu kränken, und dass darum die Konfessionsschule der beste Hort des religiösen Friedens ist“, zit. nach Krebs (wie Anm. 7), S. 183. Aus der Vielzahl seiner Hirtenbriefe sei exemplarisch verwiesen auf sein Hirtenwort vom Fest der hl. Monika 1939, in dem er sich dezidiert mit dem Für und Wider eines konfessionell gebundenen Schulwesens auseinandersetzt, im vollen Wortlaut wiedergegeben bei Krebs (wie Anm. 7), S. 227–234.

11_ Zu Bischof Dr. Machens s. Hermann Engfer, Joseph Machens, in: Niedersächsische Lebensbilder 9, Hildesheim 1976, S. 201–214.

Hans-Georg Aschoff, Machens, Joseph Godehard, in: Erwin Gatz (Hg.), *Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803–1945. Ein biographisches Lexikon*, Berlin 1983, S. 467–470.

¹² _ Zit. nach Scharf-Wrede (wie Anm. 7), S. 16 f.

¹³ _ S. hierzu vor allem Ulrich von Hehl/Christoph Kösters u. a. (Bearb.), *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe A, 37), Paderborn 3. Aufl. 1996, Bd. 1, S. 183–187. Engfer (wie Anm. 7).

¹⁴ _ Thomas Scharf-Wrede, Christoph Hackethal, in: Helmut Moll (Hg.), *Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts*, Bd. 1, Paderborn 1999, S. 265 f.. Ders., Joseph Müller, in: ebd., S. 267–270.

¹⁵ _ Zur Wandernden Kirche s. Thomas Scharf-Wrede, *Caritas und »Wandernde Kirche« – Seelsorge vor Ort*, in: Hans Otte/Thomas Scharf-Wrede (Hg.), *Caritas und Diakonie in der NS-Zeit. Beispiele aus Niedersachsen*, Hildesheim 2001, S. 291–307.

¹⁶ _ Konrad Algermissen, *Die Wege der heutigen Seelsorge*, in: *Kernfragen zeitnaher Seelsorge. Pastoralreferate der Hildesheimer Diözesansynode 1937 nebst Protokoll und Synodaldekreten*, hg. Vom Bischöflichen Generalvikariat Hildesheim, Hannover 1937, S. 14–40, hier: S. 2. Zur Hildesheimer Diözesansynode 1937 s. auch Thomas Scharf-Wrede, *Das Bistum Hildesheim und die Kirchengemeinde St. Augustinus Hameln in der Zeit des Nationalsozialismus. Ein „Blick nach innen“*, in: *Jahrbuch der Gesellschaft für niedersächsische Kirchengeschichte* 97 (1999), S. 117–132, passim.

¹⁷ _ Thomas Flammer, *Katholische Kirche im Schatten der Hermann-Göring-Werke*, in: *Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart* 68 (2000), S. 371–378.

¹⁸ _ Personalschematismus 1940 (wie Anm. 7), S. 56–63.

¹⁹ _ Krebs, *Konfessionelle Schule* (wie Anm. 9), S. 162–164; Hans-Heinrich Ebeling, *„Dominus providebit – in großer Sorge um unser Kloster*

in Duderstadt – Schule und Konvent der Ursulinen in Krisenzeiten 1914–1945, in: Justina Kaboth/Thomas Scharf-Wrede (Hg.), *Das Ursulinenkloster Duderstadt in Geschichte und Gegenwart* (Hildesheimer Chronik, 6), Bielefeld/Hildesheim 2000, S. 65–89, hier: S. 80–88.

20_ Lieselotte Sterner, *Die Kongregation der Barmherzigen Schwestern vom hl. Vinzenz von Paul in Hildesheim von 1852 bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil* (Quellen und Studien zur Geschichte des Bistums Hildesheim, 6), Hannover 1999, hier: S. 77 f. Hermann Engfer, *Die Erfassung der Häuser der Kongregation der Barmherzigen Schwestern*, in: Ders. (wie Anm. 6), S. 420–434.

21_ Hermann Engfer, *Die Aufhebung des Klosters Ottbergen*, in: Ders. (wie Anm. 6), S. 435–456, hier besonders die Tagebuchaufzeichnungen von P. Sebald Krone, S. 453–456. Eine Aufhebung blieb dem Franziskanerkonvent in Hannover erspart, doch war die Finanzierung der ihm zugeordneten Kirche St. Antonius Ende der Weimarer Republik mittels Auslandsanleihen für die nationalsozialistischen Machthaber der formale Grund, den Hildesheimer Generalvikar Dr. Otto Seelmeyer 1935 vor Gericht zu ziehen und wegen angeblicher Devisenvergehen zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe zu verurteilen, s. Josef Nowak, *Der Devisenprozeß Dr. Seelmeyer – Ein Generalvikar ging unschuldig ins Zuchthaus*, in: Engfer (wie Anm. 6), S. 507–529. Joseph van Elten, *Die Holland-Anleihen des Bistums Hildesheim*, in: *Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart* 57 (1989), S. 101–112.

22_ Zu Bischof Dr. Joseph Godehard Machens und seiner Position in der Zeit des Nationalsozialismus s. demnächst die Dissertation von Gabriele Vogt.

23_ Im Haushalt von zwei Geistlichen in Hildesheim selbst waren Zwangsarbeiterinnen beschäftigt, wobei sich die Schwester eines der beiden noch gut an die ihrem Bruder zugewiesene Zwangsarbeiterin erinnert: »Vom Arbeitsamt Hildesheim wurde uns eine Französin zugewiesen, als Dienstverpflichtete oder richtiger als Zwangsarbeiterin. Den Namen weiß ich nicht mehr. Auch nicht wie die Vergütung war. Sie musste ihren Einsatz mit einem zweiten Haushalt teilen: eine allein-stehende ältere Dame. Die Französin rief zuweilen an, sie konnte

recht gut deutsch sprechen. Sie meldete sich also ab und zu bei uns ab: die andere Dame hätte eine dringende Arbeit für sie. Nachgeprüft haben wird dies nicht. Ich vermutete jedes Mal: Freier Tag! Und diese Freiheit gönnte ich ihr«, Schreiben C.S. an Generalvikar Karl Bernert, 31. 7. 2000.

²⁴_ Zum Leben und Arbeiten von L. O. in Duderstadt s. weiter unten, 5. Markante Einzelschicksale. Im Archiv des Duderstädter Ursulinenklosters, das erst vor kurzem durch das Bistumsarchiv Hildesheim geordnet worden ist, fanden sich keine Informationen zur Beschäftigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern.

²⁵_ Im Archiv des Mutterhauses der Hildesheimer Vinzentinerinnen fanden sich keine Informationen bezüglich der Beschäftigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern; was aufgrund der Totalzerstörung dieses Hauses am 22. März 1945 auch nicht weiter verwundert. – Auf die außerhalb des Bistums Hildesheim gelegenen Einrichtungen der Hildesheimer Vinzentinerinnen braucht an dieser Stelle nicht eingegangen zu werden.

²⁶_ Für 22 der im Bistum Hildesheim ermittelten ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ließ sich aus den eingesehenen Akten keine Nationalität ermitteln.

²⁷_ Zu den Einrichtungen/Krankenhäusern s. dezidiert Sterner (wie Anm. 20).

²⁸_ So Bischof Dr. Adolf Bertram in einem Brief an den Provinzial des Krakauer Lazaristenklosters vom 23.6.1911, BAH Generalia XVI 6. Zur »Polenseelsorge« s. Thomas Scharf-Wrede, Das Bistum Hildesheim 1866–1914. Kirchenführung, Organisation, Gemeindeleben (Quellen und Studien zur Geschichte des Bistums Hildesheim, 3), Hannover 1995, S. 390–395. Karl Liedke, „... aber politisch unerwünscht“. Arbeitskräfte aus Osteuropa im Land Braunschweig 1880 bis 1939, Braunschweig 1993.

²⁹_ Thomas Scharf-Wrede, Joseph Müller. Priester in schwieriger Zeit, Hildesheim 1994. Ders., Müller (wie Anm. 14), S. 267–270.

- 30_ Kpl. Heinrich Schumann an Bischöfliches Generalvikariat Hildesheim, 29.3.1941, BAH Generalia V G 4 III, zit. nach Hermann Engfer, Die Seelsorge, in: Engfer (wie Anm. 7), S. 325–419, hier: 394 f.
- 31_ Generalvikar Dr. Offenstein an Pfr. Marheineke, 2.5.1940, ebd., S. 398 f.
- 32_ Zu Pfr. Johannes Wosnitzas s. demnächst die Dissertation von Thomas Flammer über die katholische Kirche im Großraum Braunschweig/Wolfsburg/Salzgitter.
- 33_ Die Informationen über Lydia O. verdanke ich der langjährigen Generaloberin der Duderstädter Ursulinen, Schwester Justina Kaboth OSU.
- 34_ Herman Hermans, Af en toe denk ik nog aan die dagen ..., Venlo 1989. Eine auf seine Hildesheimer Zeit konzentrierte Kurzfassung dieser Autobiographie hat Herbert Reyer sechs Jahre später veröffentlicht: „Ab und zu denke ich noch an die Tage ...“. Erinnerungen an Deportation und Verbleib in Deutschland: Das Kriegsende in Deutschland 1944/45, in: Hildesheimer Jahrbuch 67 (1995), S. 257–289. Darüber hinaus hat mir Herman Hermans sowohl schriftlich wie mündlich wertvolle weitere Auskünfte gegeben, wofür ich ihm an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte.
Neben Herman H. gab es im St. Bernwardskrankenhaus noch weitere Zwangsarbeiter, von denen mit Jan H. jedoch nur noch ein einziger namentlich ermittelt werden konnte.
- 35_ Hermans (wie Anm. 34), S. 36.
- 36_ Brief Herman Hermans vom 22.3.2004.
- 37_ Hermans (wie Anm. 34), S. 42. Dabei war Herman H. keineswegs realitätsfremd: auch im St. Bernwardskrankenhaus gab es Anhänger des Nationalsozialismus, sowohl innerhalb des Personals wie bei den Patienten: dass er sich hier immer vorsehen musste, war ihm bewusst.
- 38_ Hermans (wie Anm. 34), S. 65–72.

- 39_ Hermans (wie Anm. 34), S. 86.
- 40_ Im Rahmen dieses Aufsatzes können die Versöhnungsinitiativen nur kurz skizziert werden, sie bedürfen noch der wissenschaftlichen Aufarbeitung.
- 41_ Heinrich Pachowiak, Ansprache bei der Buß- und Sühnefeier im Rahmen des Deutschen Katholikentags 1962 in Hannover, zit. nach Scharf-Wrede, Hildesheim im 20. Jahrhundert (wie Anm. 7), S. 36.
- 42_ Zum Friedensgrund s. vor allem die Webseite www.friedensgrund.de.